Gemeinde Kirchzarten	BESCHLUSSVORLAGE
Vorlage Nr.: 2018/648	
Fachbereich 4 / Aktenzeichen 862.110	24. Januar 2018
Finanz-, Verwaltungs-, Touristik- und Kulturausschuss am 23.01.2018 - nicht öffentlich - Gemeinderat am 01.02.2018 - öffentlich -	
Tagesordnungspunkt <u>Erhöhung der Eintrittspreise des Dreisambads 2018</u>	

Beschlussvorschlag:

Der Finanz-, Verwaltungs-, Touristik- und Kulturausschuss empfiehlt, der Gemeinderat beschließt auf Grund der beiliegenden Übersicht die Eintrittspreise für die Freibadsaison 2018, wie im Vorschlag aufgeführt, festzusetzen (Anlage 1).

Beratungsergebnis:

einstimmig
 mit Stimmen
..... Ja
..... Nein
..... Enthaltungen

lt. Beschlussvorlage
 abweichender Beschluss

Sachverhalt:

Die Verwaltung empfiehlt, die Badepreise des Dreisambades wie in der Anlage 1 aufgeführt anzupassen. Die Anpassung erfolgt im üblichen zweijährigen Rhythmus, zuletzt wurden die Preise im Jahr 2016 geändert.

Im Vergleich mit den Städten Freiburg, Müllheim und Lörrach sind die bisherigen Eintrittspreise des Dreisambades im niedrigen bis mittleren Bereich anzusiedeln. Durch die Anpassung wird ein mittleres Niveau der Vergleichskommunen erreicht.

Bei den Saisonfamilienkarten schlägt die Verwaltung vor, dass die bisherigen Kriterien des gemeinsamen Hauptwohnsitzes gelockert werden und nur noch der Hauptwohnsitz in Kirchzarten erforderlich ist. Hier hat die Praxis gezeigt, dass gerade Familien, welche durch Trennung etc. sowieso schon benachteiligt sind, noch zusätzliche Nachteile durch die Kriterien erfahren.

Da sich das Dreisambad als Familienbad sieht, empfiehlt die Verwaltung die Familienkarten durch die Zusatzoption „zusätzliche Erwachsene Familienmitglieder“ zu erweitern und attraktiv zu halten.

Die Erhöhung beim Sportunterricht um 0,20 Euro auf 1,00 Euro ist dadurch zu begründen, dass diese zuletzt in 2014 angepasst wurden und somit im Vergleich zu den anderen Eintrittspreisen deutlich zurück liegen.

Eine weitere Anpassung sollte bei dem Pfand für die Schlossmiete erfolgen. Die aktuellen 4,00 Euro reichen nicht zur Ersatzbeschaffung von neuen Schlössern.